

Datum: 07.11.2008

Lkw-Maut: Bundesrat stimmt Mauterhöhung und damit einem Existenzvernichtungsprogramm zu

Der Bundesrat hat heute mit knapper Mehrheit (35:34 Stimmen) der Mauterhöhung zum 1. Januar 2009 zugestimmt. Bis zuletzt hatten unsere Bundesorganisationen auf Bundesebene und der Verband Verkehrswirtschaft und Logistik NRW e.V. (VVWL) auf Landesebene intensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei den verantwortlichen politischen Stellen geleistet. So konnte nach den bisherigen Informationen zumindest erreicht werden, dass sich NRW wie die anderen schwarz-gelb regierten Bundesländer der Stimme enthalten, also nicht für die Mauterhöhung gestimmt hat. Der VVWL bedauert, dass sich ungeachtet überzeugender Argumente die Vernunft so knapp nicht durchsetzen konnte.

Als besonders fatal für die Unternehmen sieht der Branchenverband neben der Erhöhung der Maut auch für Euro-5-Fahrzeuge die als „ökologisch“ bezeichnete Spreizung der Maut, wonach Euro-3-Fahrzeuge 4,9 Cent pro Kilometer mehr zahlen müssen, als die neueste Fahrzeuggeneration. „Diese Fahrzeuge konnten bis Herbst 2006 als Neufahrzeuge zugelassen werden und sind in fast jedem Betrieb noch im Einsatz. Die Mehrkosten für diese Fahrzeuge summieren sich bei einem mittelständischen Unternehmen schnell auf über 100.000 Euro. In der momentanen wirtschaftlichen Lage wird dies für viele Betriebe der letzte Schritt in Richtung Insolvenz sein“, erläutert Dr. Christoph Kösters, Hauptgeschäftsführer des VVWL. Die Unternehmen aus Transport und Spedition hätten letztlich keine andere Wahl als diese Mehrkosten an ihre Kunden weiter zu geben. „Auch wenn die Maut mittelfristig mit über 1,8 Milliarden Euro Mehrkosten über die Supermarktkassen die Bürger belasten wird, werden kurzfristig bundesweit bis zu 40.000 Arbeitsplätze in der Logistik auf dem Spiel stehen.“

Was die Verwendung der Mauteinnahmen betrifft, ist der Verband mehr als skeptisch. „Wer erwartet, dass jetzt durch den Lkw bessere Straßen finanziert werden, wird enttäuscht werden. Auf mittlere Sicht werden keine zusätzlichen Mittel in den Straßenbau fließen, sondern lediglich Steuermittel durch Mauteinnahmen ersetzt“, führt Kösters aus.

Münster, den 07.11.2008

Dr. Christoph Kösters
Hauptgeschäftsführer